

ich jetzt fairerweise erst Herrn Roland Bude aufrufen. Würden sich bitte all diejenigen freundlicherweise noch einmal melden, die jetzt noch Interesse daran haben, sich zu äußern? – Drei. Danke sehr.

Herr Bude: Ich möchte einiges zum Thema Aufarbeitung, Rehabilitation und Wiedergutmachung bemerken. Wir haben heute hier Erlebnisberichte gehört und bewundern den Verleger aus Zittau, der mit sächsischer Helligkeit und Schwejkschem Humor seine schreckliche Berufs- und Existenzentwicklung ertragen hat. Wir haben aber auch hier nicht nur den Aufschrei der gequälten Kreatur gehört, wir haben mehrere Male das Schluchzen der gequälten Kreatur gehört, und auch ich gehöre zu denen, denen es die Kehle zuschnürt, wenn ich so etwas höre. Wie hat das in uns weitergewirkt?

Ich war fünfeinhalb Jahre in Workuta im Gulag. Wie hat das weiter gewirkt? Ich gehöre zu den glücklichen Menschen, die eine befriedigende berufliche Entwicklung in Westdeutschland erlebt haben, und es hatte sich das gesetzt, was Schreckliches war. Man hat immer wieder mit Trauer und Bestürzung erlebt, wenn man vorgehalten bekam, wenn man das schreckliche Erlebnis und eine gewisse Verachtung des SED-Regime äußerte: Mach dich doch endlich von der Stacheldrahtbrille frei. Mach dich doch frei von dem Feindbild. – Mir hat das weh getan, wenn mir das gesagt wurde.

Mir hat erst recht weh getan, wenn Günter Gaus nach seiner Eigenschaft und Funktion als ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der DDR einmal gesagt hat: Wenn er diese Antikommunisten sehe, dann würde er mit Entsetzen dem Tag entgegensehen, da die einmal in ganz Deutschland die Macht haben. – Vielleicht nimmt er zur Kenntnis, wie Herr Honecker behandelt wird, und vielleicht nimmt er zur Kenntnis, was einige hier erlebt und mitgeteilt haben.

(Lebhafter Beifall)

Es ist die Sache mit dem roten Teppich – das wird ja Helmut Kohl vorgeworfen – angesprochen worden. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Dr. Dregger angegriffen, verhöhnt wurde, als er sagte: Die Welt geht weiter, auch wenn Herr Honecker nicht in die Bundesrepublik kommt. – Auch an das sollten sich einige erinnern. Ich sage das, weil hier in der Diskussion zu Recht geäußert worden ist: Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist eine gesamtdeutsche Aufgabe, und auch viele, die nach 1945 nie unter der Diktatur leben mußten, die immer nur im Westen waren, müssen einiges dazulernen und in sich gehen.

Ich frage mich auch: Wie bringt jemand wie Herr Heuer die Stirn auf, anlässlich der letzten Diskussion um das erste Unrechtsbereinigungsgesetz das DDR-Regime mit Formallegalisierung und -legitimierung zu verteidigen? Wie bringt der noch die Stirn auf, in das frei gewählt Haus des Deutschen Bundestages zu gehen? Das frage ich mich. Seine Existenz dort ist für uns ehemalige politische Häftlinge eine einzige Verhöhnung.

Ich bin vor wenigen Monaten zum Vorsitzenden einer Dachorganisation gewählt worden, die hauptsächlich über ein Dutzend Vereinigungen von Menschen umschließt und betreut, die in den ersten Jahren der SBZ/DDR eingesperrt worden waren – Internierte.

Nun möchte ich auch noch einiges zur Frage der Entschädigung sagen. Es wird zu Recht gesagt, Wiedergutmachung ist nicht möglich. Wer kann mir die fünfzehn Jahre wiedergeben, die ich vom 24. bis 30. Lebensjahr weg war? Ich kam zurück; mein siebenjähriger Sohn erkannte mich nicht wieder, obwohl ihm meine Frau und meine Eltern Bilder von mir gezeigt haben. Er kannte mich nicht. Es dauerte eine Weile, bis er „Papa“ sagte.

Der Deutsche Bundestag hat – ich sage das mit großer Verlegenheit, weil ich der größeren Partei in diesem Deutschen Bundestag angehöre – eine Entscheidung getroffen, die von dem Etat für 1992 nur etwas mehr als 0,3 % zur materiellen Entschädigung für die ehemaligen politischen Häftlinge auswies. Wir hatten gedacht, das würde im Jahr 1993 fällig werden können. Nein, das ist gestreckt worden bis 1999. Der Älteste unter den Mitgliedern, die ich vertrete, ist 102 Jahre alt. Zwei Drittel der Leute, die ich vertrete, sind älter als 60 Jahre; die haben seit 1945 gewartet. Das Finanzministerium hat für 1993 ganze 198 Millionen Mark ausgewiesen; das sind noch einmal ungefähr 0,15 % des Betrages, der überhaupt vorgesehen ist.

Ich appelliere an das Haus in zweifacher Richtung. Erstens: Ändern Sie diese Regulierungen, die durch das erste Unrechtsbereinigungsgesetz in Kraft gesetzt worden sind!

(Beifall)

Das zweite, was ich sage: Es existiert seit 1954 ein Institut für Zeitgeschichte, das sich mit den schrecklichen zwölf Jahren der NS-Barbarei befaßt. Wir stellen von Tag zu Tag fest, daß das noch nicht aufgearbeitet ist – zum Teil auch, weil die Zeugen wegsterben oder weggestorben sind.

Vierundvierzig Jahre SED-Diktatur des real existierenden Sozialismus laufen auch Gefahr, in der Dokumentierung und Überlieferung zu kurz zu kommen, weil die Leute wegsterben, vor allem die, die die ersten Jahre erlebt haben. Ich appelliere an das Hohe Haus, endlich ein vergleichbares Institut zu schaffen und personell entsprechend auszustatten, damit diese Geschichte aufgearbeitet werden kann.

(Beifall)

Ich sage das auch aus dem Grunde, weil ich fürchte, daß sich sonst ein Riß in Deutschland unter den Deutschen, der zum Teil erst nach der Niederlegung der Mauer aufgebrochen ist, vertieft, daß wir mit zu großen Schmerzen und Beschädigungen zusammenwachsen, wenn wir da nicht etwas tun.

Noch ein konkreter Appell: Die Stiftung für politische Häftlinge hat drei neue Sachbearbeiter für die Bearbeitung von sozialen Härtefällen verlangt.

Die sind bisher verweigert worden. Ich appelliere an das Hohe Haus, dem zu entsprechen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Bitte sehr.

Herr Hussock: Mein Name ist Peter Alexander Hussock. Ich komme von der Hilfsorganisation „Help“. – Herr Passauer, Sie wollten etwas über Wirkungen wissen. Ich werde einmal ein kurzes Beispiel geben.

Es leben etwa noch 300 Menschen, die das Pech hatten, vor der Kapitulation nach Rußland verschleppt zu werden, und diese 300 Menschen wurden im ersten Unrechtsbereinigungsgesetz nicht berücksichtigt. Darunter sind Neunzigjährige, fast Hundertjährige. Es ist einfach eine Wirkung da. Diese Menschen leiden jetzt psychisch, und sie leiden im Grunde materiell, da sie ja nicht einmal diese geringen 550 bzw. 300 Mark bekommen.

Unsere Hilfsorganisation betreut eine andere Gruppe, die nicht das Glück hatte, wenigstens eine Anstellung als Pförtner oder bei der Kirche zu bekommen, sondern gegen die ein gnadenloser Einstellungsboykott praktiziert wurde. Ein Lehrer, der 1968 den Einmarsch in die CSSR kritisiert hatte, hat seit diesem Tage bis auf den heutigen keine Arbeit bekommen, keine Sozialhilfe, kein Arbeitslosengeld. Diese Menschen gingen total ruiniert – psychisch und materiell – in die deutsche Einheit. Ich gehöre übrigens mit dazu. Das sind auch ungefähr – Gott sei Dank sind es nur soviel – 300 Menschen, und für diese 300 hat der Gesetzentwurf, der jetzt von Frau Leutheusser-Schnarrenberger vorliegt, nicht eine D-Mark materielle Entschädigung rückwirkend übrig. Es gibt keinen Ausgleich zurückliegender Nachteile. Es gibt keine Stiftungshilfe für zurückliegende Nachteile. Das heißt, wenn sie heute Sozialhilfeempfänger wären, dann könnten diese 300 bei der Stiftung einmal etwas beantragen.

Ich bitte Sie – wir werden morgen auch unseren Protest hier verteilen –: Helfen Sie mit, daß es nicht bei diesem überaus dürftigen und phantasielosen Entwurf bleibt.

Das heißt, es ist in diesem Entwurf nicht einmal die Möglichkeit vorgesehen, Arbeitsrechtsurteile, die gegen demokratische Grundsätze verstoßen haben, in denen gelogen, manipuliert und gebeugt wurde, zu revidieren.

Ich habe 1985 sogar Strafanzeige gegen diese betreffenden SED-Richter erstattet. Sie können sich vorstellen, damit saß ich ein zweitesmal mit einem Bein im Gefängnis. Heute muß ich mit diesem Urteil weiter leben, weil der Bundesarbeitsgerichtshof festgestellt hat: Bis zum Juni 1990 sind alle Urteile rechtskräftig.

Dieser Gesetzentwurf mußte normalerweise die Möglichkeit einräumen, die Urteile – es sind ja Gott sei Dank nicht alle –, in denen Recht gebeugt